



GLuP im Rat der Stadt Laatzen

Antrag - öffentlich -

Beratungsfolge:

Ausschuss für Wirtschaft und Vermögen

Verwaltungsausschuss

Rat der Stadt Laatzen

Drucksachen-Nr.: 2014/156

am 14.07.2014 TOP:

am 17.07.2014 TOP:

am 24.07.2014 TOP:

Niedersächsischer Städtetag gegen TTIP - Antrag der Gruppe Linke und Piraten im Rat -

Herrn Bürgermeister
Thomas Prinz
Marktplatz 13
30880 Laatzen

15.05.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen:

Antrag:

Auf europäischer Ebene werden - unter Ausschluss der Öffentlichkeit - momentan mehrere internationale Handelsabkommen verhandelt:

Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandels-abkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Das Abkommen soll Handelshemmnisse für Chemie, Automobil, Elektronik, Lebensmittel, Agrar- und Finanzdienstleistungen beseitigen und würde die weltweit größte Freihandelszone mit rund 800 Millionen Einwohnern schaffen.

Seit Frühjahr 2013 laufen Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), das multilaterale Abkommen über Dienstleistungen (Plurilateral Trade in Services Agreement, PTiSA). Es geht dabei um eine umfassende Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels.

Diese Abkommen können auch Auswirkungen auf die Möglichkeiten der kommunalen Daseinsvorsorge haben. Bei zahlreichen Veranstaltungen sowie den Medien wurde in den letzten Wochen und Monaten über die Auswirkungen diskutiert. Der bayrische Städtetag hat sich am 08.11.2013 kritisch zu diesen Abkommen positioniert: <http://www.bay-staedtetag.de/index.php?id=9511,1332>

Wir halten eine ähnliche Positionierung des niedersächsischen und deutschen Städtetags für sinnvoll und bitten daher zu beantragen:

Die Stadt Laatzen wird sich im Niedersächsischen Städtetag dafür einsetzen, dass sich dieser ebenfalls kritisch zu den aktuell verhandelten Freihandelsabkommen positioniert. Insbesondere soll das Interesse der Kommunen dargestellt werden, auch weiterhin Daseinsvorsorge in vollem Umfang garantieren und gestalten zu können.

Begründung:

Siehe Einleitung im Antragstext.

Für die Gruppe GLuP im Rat der Stadt Laatzen

Heiko Schönemann (PIRATEN) und Ralf Wetzel (DIE LINKE.)